

Themenreihe

beim PCL

„Medien, eine Gewalt der Staatsbürger?“



Nummer: 1/25

Ausgabe 12 / Themenreihe-2 / Heft-1

15.01.2025



PCL ist ein Projekt der GdG
(GdG ist ein Ortsverein des
UMEHR e.V.)



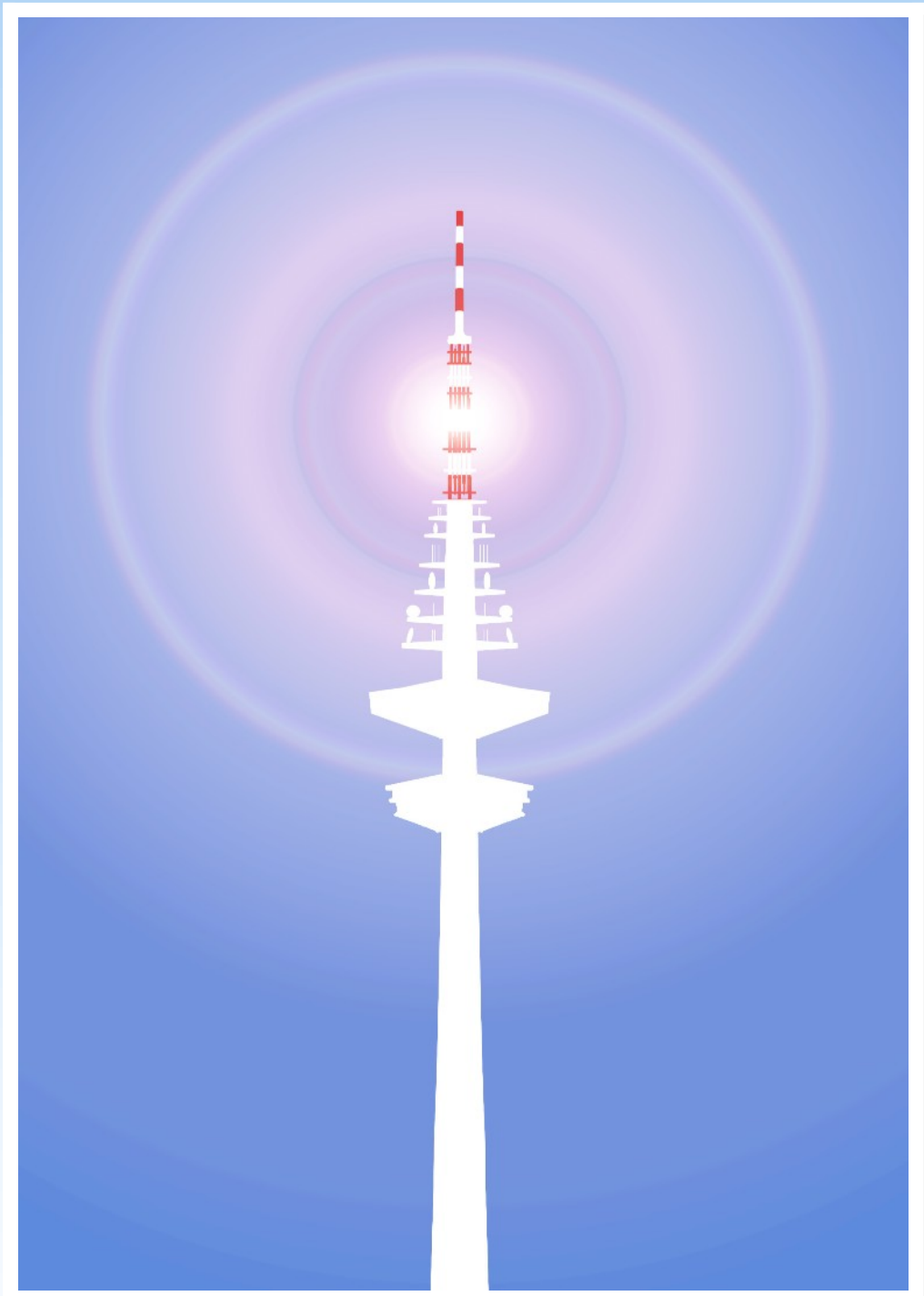
FSP ist ein Projekt der GdG,
welches Künstler zur
thematischen Gestaltung und
Eigenwerbung einlädt.

Impressum

Vi.S.d.P. Holger Thurow-N.
Herausgegeben von der "GdG", ein
Ortsverein von
"UMEHR e.V."
(VR 24757),
Neuer Wall 80,
20354 Hamburg,
Tel.:
0151/54180372



Email: media@umehr.net



<https://radicaldemocrat.news/themenreihe/>

Inhaltsverzeichnis:

Einleitung für die Themenreihe - durch die Redaktion des PCL **Seite 2**

I. Einleitung - von Jimmy C. Gerum **Seite 3**

II. Eine kurze Vorstellung des Konzeptes **Seite 3 - 4**

III. Unser Dilemma – Fluch und Segen ÖRR **Seite 5 - 6**

IV. 15 Fragen an den Journalismus **Seite 6 - 7**

V. Dialog mit dem deutschen Journalistenverband **Seite 7 - 9**

VI. Dialog mit dem BR über die Diffamierung von Dr. Daniele Ganser **Seite 9 - 10**

VII. Rede beim Treffen der Werteunion am 2.11. 2024 in Koblenz **Seite 11 - 13**

VIII. Stellungnahme im Ausschuss Medien, Landtag Berlin, am 6. November 2024 **Seite 13 - 14**

IX. Fazit und Aufruf **Seite 14**

X. Geht alle Macht vom Volk aus? **Seite 14 - 15**

Einleitung für die Themenreihe

Mit dem 3. Heft dieses Formates, beginnt die zweite Themenreihe, der weitere folgen werden. Seit zwei Jahren hat die Redaktion sich entschieden zu einem Format über zu gehen, welches besser zu unseren Lesern passt und diese besser mit einbezieht.

Da der „Philosophenclub der Lohnabhängigen“ (PCL) seit 2019 ein Teil der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG) ist und dieser dann ein Ortsverein des UMEHR e.V. geworden ist, hat sich auch die rechtliche und organisatorische Situation der Redaktion des PCL verbessert.

Die Redaktion der GdG hat das Profil ihrer Wochenzeitung „Der Aufstand“, dass ursprünglich von Mitgliedern der Sammlungsbewegung „aufstehen“ inspiriert war und nur eine vage demokratische Orientierung besaß, hin zu einer Zeitung entwickelt, die sich im Untertitel und in ihren Inhalten deutlich an radikaldemokratische Zielsetzungen orientiert. Aus diesem Grunde wollen wir zukünftig die hier angedachte radikaldemokratische Debatte weitestgehend an die Wochenzeitung übergeben, was allen Teilnehmern die Möglichkeit bietet, schneller öffentlich reagieren zu können.

Das Kunstprojekt „Free Slave Projekt“ (FSP) ist ebenfalls Teil der GdG und beteiligt sich neben der Gestaltung unserer Zeitschriften, auch an der künstlerischen Ausgestaltung der Wochenzeitung „Der Aufstand“. Es war zweckmäßig, die Aktivitäten des FSP von dem

Format einer unregelmäßig erscheinenden Zeitschrift zu entkoppeln und diese vor allem an die Redaktion der Wochenzeitung zu übergeben. Aus Gründen des umfangreichen Arbeitsaufwandes für die Redaktion und den veränderten Wünschen unserer Leserschaft, konnte die Gestaltung der Titelseite über das FSP nicht in der alten Form fortgesetzt werden.

Im Austausch mit unseren Lesern ist der Redaktion bewusst geworden, dass der Bedarf nach auf Themen konzentrierten Informationen sehr groß ist. Um diesem Bedarf gerecht werden zu können, haben wir ab dem Heft Nummer 10 mit Themenreihen begonnen, in der das jeweils angeregte Thema, von einem oder mehreren radikaldemokratischen Standpunkten aus beleuchtet wird. Wir erachten es als zweckmäßig, eine solche Themenreihe regelmäßig durch neue Hefte zu ergänzen, wenn die Inhalte von den Autoren verändert, beziehungsweise ergänzt werden, oder von unseren Lesern neue Beiträge eingereicht werden.

Für Einreichungen in die Themenhefte möchte sich die Redaktion an dem Wunsch unserer Leser orientieren, dass sie in einem Heft das unter dem Hauptthema „Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht“ erscheint, vor allem Beiträge finden, die sich in irgend einer Weise an diesem Thema orientieren. Thematisch anders orientierte Beiträge, werden wir gerne an die Redaktion der Wochenzeitung „Der Aufstand“ übergeben.

Natürlich kann jeder Leser in das neue Format mit seinem ganz speziellen Thema einsteigen und eine Themenreihe eröffnen, zu der Radikaldemokraten dann ihre Positionen beisteuern werden.

Um nicht den Überblick zu verlieren, haben wir damit begonnen, jeder Themenreihe eine chronologische Nummer zuzuordnen und durch die Nummer der Jahres- und Gesamtausgaben zu ergänzen. Da sich die Themenreihen als sehr umfangreich erweisen, haben wir damit begonnen, die Hefte der Themenreihen in sich weiter zu nummerieren wie : Thema:1, Heft 1, Heft 2, usw.

Mit dem vorliegenden Heft starten wir die 2. Themenreihe, während bereits weitere in Arbeit sind. Das gleichzeitige Arbeiten an mehreren Publikationen, hat den Start der zweiten Themenreihe insgesamt etwas verzögert.

Die Redaktion ist gleichzeitig dabei, neue Mitglieder technisch einzuarbeiten. Wer Interesse an der Mitarbeit in dieser Redaktion hat, kann sich sehr gerne über das Impressum mit seinen ganz persönlichen Wünschen, Talenten und Interessen an uns wenden.

Schon beim Start der vorliegenden Themenreihe („Medien, eine Gewalt der Staatsbürger?“), war es der Redaktion sehr wichtig, eine radikaldemokratische Sichtweise auf die „Macht“ über die Medien einzunehmen. Gerade in Bezug auf die „Macht über die Medien“, möchten wir keine Zweifel darüber aufkommen lassen, dass wir als Radikaldemokraten diese Macht nicht den reichsten Eigentümern, oder den von den Interessen der Wählern entbundenen „Repräsentanten“ überlassen möchten. Wir melden auch im Bereich der staatlichen Medien das Recht eines souveränen Staatsvolkes an, die radikale Kontrolle über die staatlichen Medien zu erlangen und diese mit „Niemandem“ teilen zu müssen.

Dabei klammern wir explizit alle privaten Medien aus, die keiner inhaltlichen Kontrolle durch die Staatsgewalten unterliegen dürfen, solange sie die allgemeinen Gesetze eines Staatsvolkes, die ihre Gesetze selbst und nicht durch „unabhängige“ Repräsentanten beschließen dürfen, befolgen.

Natürlich schockiert diese radikaldemokratische Sichtweise viele „bürgerlich“ privilegierten Vertreter der Mittel- und Oberklasse, aber wir betrachten ihre Sichtweise nicht wirklich als eine demokratische Grundhaltung, sondern als eine Sichtweise von kleinen und großen Beherrschern der staatlichen Medien.

Die Redaktion



LEUCHTTURM ARD

I. Einleitung

Liebe Demokraten, Liebe Freunde des Friedens, stellt euch vor, es ist Krieg und keiner geht hin. Stellt euch vor, wir werden täglich mehr, die nicht mehr hingehen.

Hier will ich euch erzählen von unserer Vision eine Welt ohne Kriege zu schaffen. Frieden ist nicht irgendeine naive Träumerei, sondern die Krone der menschlichen Zivilisation. Der Mensch hat in Jahrtausenden gelernt, seine Konflikte zu reflektieren und einzuordnen und hat Wege und Mittel erarbeitet für Interessenausgleich, Fairness und Gewaltlosigkeit.

Seit Jahrtausenden bleibt dieser umfassende Frieden nur eine Vision von Philosophen, Stammesführern und uns Bürgern. Was ist heute anders, das uns Hoffnung geben könnte? Es gibt etwas. Davon handelt diese Ausgabe der THEMENREIHE von UMEHR e.V.

Gewaltlosigkeit beginnt bei der Sprache. Gewalt beginnt bereits bei der verbalen Provokation. Man könnte die Weltgeschichte so zusammenfassen, dass die Kriege nicht aufhören werden, weil der Mensch ein emotionales Wesen ist und er seine Emotionen niemals unter Kontrolle halten kann oder will. Daraus müsste man dann schließen, dass es einer wachsenden Gruppe von Menschen gelingen müsste, ihre Emotionen zu kontrollieren. Genau das ist die Grundidee unserer Vision.

Immanuel Kant nannte es "uneigennütziges Wohlwollen". Wenn es einer wachsenden Gruppe von Menschen gelingt das emotionale ICH hinter sich zu lassen und zu einem selbstlosen WIR zu gelangen, dann kann diese Gruppe zu einer Inspirationsquelle werden, die Einfluss auf die friedliche Gestaltung unserer Zukunft gewinnt.

Was ist heute anders, das uns Hoffnung geben könnte? Es gibt etwas:

Die kostenlosen, globalen, digitalen Kommunikationsmöglichkeiten. Kommunikation und Information ist der Schlüssel für die neue Welt. Deshalb ist meine Telefonnummer immer und überall präsent.

Jimmy C. Gerum, Tel. +49-151-5055 2062



II. Eine kurze Vorstellung des Konzeptes

Liebe Leser,

ich bin Jimmy Gerum aus München und möchte unser globales Konzept "Lighthouse Media Evolution für aufrichtige und unabhängige Leit-Medien" vorstellen.

Mein Hintergrund: Ich habe seit zehn Jahren den militärisch-industriellen Komplex und die dahinterstehenden globalen Interessen erforscht. Seit drei Jahren bin ich Vollzeit-Aktivist für Frieden und Demokratie.

Meine zentrale Annahme ist, dass wir nur dann Frieden und Demokratie erreichen können, wenn wir den Informationskrieg gewinnen. Um diesen zu gewinnen, müssen wir uns auf dieses Problem konzentrieren und Wege finden, kontinuierlich zusammenzuarbeiten.

Deshalb haben wir dieses Konzept entwickelt: Es ist eine grundlegende Struktur der Zusammenarbeit, die mit unser aller Kreativität weiter verbessert werden kann. Das Konzept ist keine Theorie mehr – wir setzen das Konzept seit zwei Jahren in Deutschland erfolgreich in die Praxis um. Natürlich ist der Erfolg relativ. Wir haben die Kriege noch nicht beendet, aber dieses Konzept hat das Potenzial, Kriege für immer zu beenden. Um in dieser globalen Dimension zusammenzukommen, müssen wir nur

dieselbe Vision teilen: die Vision, dass WIR gemeinschaftlich die Veränderung sein können.

Folgende Voraussetzungen helfen uns, zusammenzufinden:

- Das Konzept sollte kostenlos sein, da Vertrauen schwer ist, wenn jemand mit der Idee Geld verdient.

- Es sollte ohne Zeitaufwand sein, da wir alle mit unseren eigenen Projekten oder unserem Lebensunterhalt beschäftigt sind. Dieses Konzept ist daher geeignet integriert zu werden in unser aller wöchentliche Arbeit für Frieden und Demokratie.

- Um die Vision zu teilen, müssen wir die Wirksamkeit der Idee verstehen, sonst fehlt uns die nötige Motivation und Disziplin.

- Die nötige Disziplin bezieht sich auf konsequente und kontinuierliche Kommunikation. Eine Stunde Arbeit pro Woche muss so selbstverständlich in unser Leben integriert werden wie Meditation oder Sport – eine Stunde pro Woche, in der wir miteinander kommunizieren und uns auf unser gemeinsames Ziel konzentrieren.



Diese EINE Stunde ist eine grundlegende Metapher für unsere Zusammenarbeit. Gleichzeitig ist sie reale Arbeit.

Kurz gesagt: Diese eine Stunde bedeutet Kommunikationsarbeit – sowohl unter uns Aktivisten als auch mit lokalen Journalisten und Medienvertretern. Es geht darum, Beziehungen zwischen kreativen Aktivisten und etablierten Journalisten aufzubauen. Heute ignorieren diese Journalisten oft unsere Kreativität und unsere wertvollen Ideen für eine bessere Gesellschaft. Mit diesem Konzept wird der Moment kommen, an dem sie uns nicht mehr ignorieren können.

Es liegt an uns, nicht an den Journalisten, wie lange das dauern wird.

Um den Informationskrieg zu beenden, brauchen wir ausgewogene und faire Informationen, um als mündige Bürger die richtigen Entscheidungen treffen zu können für die zukünftige Gestaltung unserer Gesellschaft. Nur so kann eine Friedensbewegung auch als positiver Beitrag zur Gesellschaft anerkannt werden.

Derzeit werden viele von uns als Staats- und Demokratiefeinde betrachtet. So ist es leicht, uns zu spalten und unsere positiven Energien zu diffamieren und in verschiedene Richtungen zu lenken. Weltweit gibt es deshalb keine einflussreiche Friedensbewegung. Überall werden wir als eine Gruppe mehr oder weniger verrückter Außenseiter angesehen, die nicht klug genug sind, die Bedeutung von Krieg und Waffen zu verstehen. Das ist das Ergebnis des Informationskriegs.

Stellt euch vor, wir haben weltweit Hunderte von Menschen, die diese Vision teilen und eine Stunde pro Woche beitragen. Das wären Hunderte von Arbeitsstunden für unser gemeinsames Ziel, und jede Woche werden wir mehr und mehr. So kann ein unaufhaltsames exponentielles Wachstum entstehen.

Für den Aufbau dieses globalen Kommunikationsnetzwerkes in allen Sprachen dieser Welt stehe ich jederzeit für Frage und Antwort zur Verfügung, Jimmy C. Gerum,

Tel. +49-151-50552062, info@leuchtturmARD.de

Die häufigste Frage ist, was genau wir in dieser einen Stunde pro Woche tun können:

Um den Informationskrieg zu beenden, wollen wir die Leitmedien kontinuierlich auf die globale Kreativität unserer Bewegungen aufmerksam machen.

Ein Beispiel:

Daniel plant eine große Friedensdemonstration im Oktober in London und drei politische Vorträge im November. Das ist viel Arbeit. Er hat ein Netzwerk von 20 Freunden, die ihn in verschiedenen Funktionen unterstützen. Nun sollte er unser erfolgreiches Konzept in seine Arbeit integrieren und EINE Stunde pro Woche in unser gemeinsames Ziel und das Ende des Informationskriegs investieren.



Daniel hat vier Möglichkeiten, die 60 Minuten zu nutzen:

1. Einige seiner 20 Freunde bitten, ebenfalls eine Stunde pro Woche in ihr Aktivistleben zu integrieren, für die gemeinsame Sache einer globalen Stimme für aufrichtige Medien.
2. Die Londoner Journalisten zu den vier Veranstaltungen – Demonstration und Vorträge – einladen und dabei unser Web-Tool nutzen, (<https://lstu.fr/mediendialog>), um einen Dialog über die Veröffentlichung dieser wertvollen Ideen für die Zukunft unserer Gesellschaft anzubieten.
3. Neue globale Kontakte knüpfen, um die Anzahl der investierten Stunden zu erhöhen und unser gemeinsames Potenzial auf weitere Hunderte von Arbeitsstunden pro Woche auszubauen.
4. Jimmy um weitere Erklärungen und Updates über unser Wachstum und unseren Erfolg bitten: +49-151-5055 2062.

Die 60 Minuten pro Woche sind dabei nur ein Richtwert – es können auch 30 oder 100 Minuten sein. Die Grundlage der Idee ist, dieses Mediendialog-Konzept sehr konsequent in unser Aktivistleben zu integrieren, um einen globalen Schneeballeffekt zu erzeugen – kostenlos und ohne spürbaren Mehraufwand.

**Bürgerinitiative Leuchtturm ARD ORF SRG
Arbeitsgemeinschaft Redlicher Diskurs
Jimmy C. Gerum, Telefon: +49-151-5055 2062
info@leuchtturmARD.de**



III. Unser Dilemma – Fluch und Segen ÖRR

Liebe Förderer von Demokratie und innerer Pressefreiheit,

eine der wichtigsten Grundlagen einer unaufrichtigen Gesellschaftsordnung ist „divide et impera“ (Teile und Herrsche). Daher stellt sich die Frage, wie man den vielen Spaltungen bereits an der Wurzel entgegenwirken könnten. Der aufrichtige Umgang mit Informationen, also die wahre innere und äußere Pressefreiheit könnte der Schlüssel dafür sein.

Warum könnte der öffentliche Rundfunk zum ersten Dominostein einer ethischen Zeitenwende werden, die uns in ein Zeitalter der aufrichtigen Informationen führt?

Viele Menschen sind mit viel Berechtigung unversöhnlich gegenüber ÖRR und Zwangsbeitrag. Der ÖRR hat seine gute Gründungsidee leider nie richtig umgesetzt. Er war immer beeinflussbar von Einzelinteressen und diese Einflussnahmen sind in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer unerträglicher geworden.

Nur wenige in der Opposition haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass die Gründungsidee des ÖRR erfolgreich eingefordert werden könnte. Dazu gehören Initiativen wie meinungsvielfalt.jetzt, LeuchtturmARD.de oder der Bund der Rundfunkbeitragszahler e.V.

Wie ich im Bayerischen Landtag 2023 ausführte, wäre der ÖRR ein "Juwel der Demokratie"

<https://youtu.be/JbNRLnajHYM>,

wenn er seinen wahren Funktionsauftrag erfüllen würde! In einer von Kapital(interessen) gesteuerten globalen und digitalen Medienwelt, ist der ÖRR der einzige Milliardenkonzern, dessen Milliarden auf "Bürger-Crowdfunding" beruhen.

Dieses Crowdfunding verschafft uns Rechte, die wir bisher nicht einfordern! Die Einhaltung/Durchsetzung des ÖRR-Funktionsauftrages wäre eine Zeitenwende in der geopolitischen Machtkonstellation.

Die Abschaffung der GEZ oder des ÖRR käme dagegen den globalen Interessen der Informationskontrolle sehr entgegen und beförderte ein internationales Wahrheitsministerium! Sie führte direkt zur "TAGESSCHAU, sponsored by Google News!"

Die demokratische Opposition sollte sich also weder diese für unsere Zukunft so wertvolle Institution ÖRR wegnehmen lassen, noch das "Crowdfunding", um hier für alle Bürger absolute finanzielle und demokratische Souveränität zu bewahren.

Diese Argumentation ist schlüssig und belegbar und bedarf erheblicher Aufklärungsarbeit.

Drei Dinge sind 2024 passiert, die das Thema ÖRR zum heißen Eisen machen:

- Erfolg vor dem Bundesverwaltungsgericht, der ÖRR muss sich rechtfertigen:

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/rundfunkbeitrag-bundesverwaltungsgericht-will-ard-und-zdf-pruefen-19783691.html>

- Gründung des Vereins "Bund der Rundfunkbeitragszahler e.V."

<https://Rundfunkbeitragszahler.de>

- Über zwei Jahre Mahnwachen vor den Medienhäusern mit der Forderung nach ausgewogenem Journalismus seit dem 14. Juli 2022

<https://lstu.fr/mediadialog>

Auf dieser Entwicklung können demokratisch und friedlich gesinnte Menschen aufbauen und den nächsten Schritt machen.

Hier nochmal eine kurze Zusammenfassung, was die Opposition konstruktiv diskutieren sollte:

Der hohe Wert von ÖRR und Beitragspflicht für die Zukunft der Demokratie entsteht vor allem durch seine Reichweite und seine Deutungshoheit in unserer Gesellschaft. Damit könnte er eine funktionierende Gewaltenteilung ermöglichen und internationale Auswirkungen anstoßen.

Der nächste Punkt ist, dass die wichtigste Reform nur 24 Stunden dauert!

Viel zu viele vermischen die große Reform des verkrusteten Apparates ÖRR mit der eigentlichen Zeitenwende:

Ausgewogenheit und Staatsferne braucht nur den politischen Willen und ist über Nacht möglich!

Der politische Wille kann jedoch nur erzwungen werden durch eine Einigung der demokratischen Bewegung, also das genaue Gegenteil von „divide et impera.“

Also braucht es eine stetig wachsende Sammelbewegung der vernünftigen Kräfte.

Der dritte Punkt ist die geopolitische Gesamtlage und der internationale Informationskrieg, der mit allen Mitteln geführt wird. In unserer transnationalen, globalisierten Welt kann ein ÖRR, der seinen verfassungsrechtlichen Funktionsauftrag erfüllt, zu einem Dominostein werden, der der Unaufrichtigkeit des Systems den Spiegel vorhält und dadurch eine völlig neue journalistische Ethik begründet. Die Macht der Erkenntnis ist nicht zu unterschätzen!

Mit anderen Worten:

Wenn wir strategisch über die Chance einer ethischen Zeitenwende sprechen, die den gesamten militärisch-industriellen Komplex inklusive seiner geostrategischen Interessen in die Schranken weisen würde, dann landen wir zwangsläufig bei der Kontrollfunktion der 4. Säule. Innerhalb der 4. Säule ist der mitteleuropäische ÖRR die moralische Sollbruchstelle und damit der beste Ansatzpunkt für den Hebel, der diese weltgeschichtliche Zeitenwende herbeiführen könnte.

Für diesen Hebel brauchen wir einen starken und aufrichtigen ÖRR, der seinen Funktionsauftrag erfüllt und der durch unsere "Crowdfunding-Pflicht" zum führenden finanziell unabhängigen Milliarden-Medienkonzern werden könnte, ein Leuchtturm im Meer der kapitalen Einzelinteressen.

Die vielen Stimmen, die die Hoffnung aufgegeben haben, dass sich der ÖRR in so positiver Weise wandeln könnte werden leider auch gefördert durch eine emotionale Kampagne, zum Beispiel die vielen negativen Berichte in den privaten Medien.

Das wundert nicht, denn die globalen Einzelinteressen, die die ethische Zeitenwende verhindern wollen, wissen wie mächtig große Medienkonzerne sind, deshalb wurden diese Konzerne im Laufe der Jahrzehnte sukzessive unter zunehmende Kontrolle gebracht.

Es muss verschleiert werden, dass die Schwächung oder Abschaffung der Position des ÖRR (BBC, ARD, ORF, SRG, usw.) nur einem Herren dient: Nämlich diesen globalen Einzelinteressen, die aktuell auch an der Abschaffung der internationalen Presseagenturen arbeiten, mit dem Hintergedanken ein Orwell'sches Wahrheitsministerium unter der Führung von Google News entstehen zu lassen.

Wir haben hier also ein brisantes Thema von weltgeschichtlichen Dimensionen, bei dem sogar einige der "freien Medien" der emotionalen Indoktrination zum Opfer gefallen sind.

Wenn die Oppositionen der globalen Einzelinteressen klug und koordiniert vorgehen, haben wir die Chance eine Stimme zu erheben, die laut genug wird, um gehört zu werden.

Dieses epochale Thema erfordert Aufklärung auf vielen Ebenen, lasst uns dazu konferieren und unsere Kräfte bündeln, und damit das Gegenteil von „divide et impera“ umsetzen.

Bürgerinitiative Leuchtturm ARD ORF SRG Arbeitsgemeinschaft Redlicher Diskurs

Jimmy C. Gerum
Telefon: +49-151-5055 2062
info@leuchtturmard.de
<https://LeuchtturmARD.de>

Gründungsmitglied



Bund der Rundfunkbeitragszahler e.V.
<https://Rundfunkbeitragszahler.de>
Email: redaktion@5eins2.de



IV. 15 Fragen an den Journalismus

**Bürgerinitiative Leuchtturm ARD ORF SRG
- Arbeitsgemeinschaft Redlicher Diskurs -**

Unsere 15 Fragen an die aktuelle Ethik des Journalismus

1. Die Menschheit will Frieden, Verständigung und Diplomatie. Dieser Wille gehört zu den größten Errungenschaften unserer Zivilisationsgeschichte.

Unsere verantwortlichen Politiker werden von Lobbyisten beraten und in ihrer Meinung beeinflusst. Sehr mächtig sind die Lobbyisten des militärisch-industriellen Komplexes und die Geostrategen.

Die Meinungen der Menschen werden beeinflusst von den Leitmedien, insbesondere vom ÖRR.

Wie kann es sein, dass der ÖRR und die anderen Leitmedien überwiegend die Meinung der Lobbyisten auf die Menschen übertragen?

Wo bleiben die ethischen Grundsätze, die wesentlich größeres Gewicht haben sollten?

2. Der größte Vertrauensverlust entstand durch qualitativ hochwertige, unabhängige und investigative Nachrichtenportale im Internet, die die Einseitigkeit der Berichterstattung in den Leitmedien offen sichtbar machten. Warum differenzieren Sie nicht bei der Bewertung dieser Internetangebote?

Warum diffamieren oder verschweigen Ihre Programme diese multipolare Entwicklung seit Jahren?

3. Journalismus wird oft missbraucht durch politische Interessen. Der Missbrauch wird oft erst nach Jahren entdeckt der richtig eingeordnet.

Warum betreiben Sie keine historische Aufarbeitung, um das Vertrauen in den ÖRR zurückzugewinnen?

Zum Beispiel Jugoslawien-Krieg, Brutkastenlüge Irakkrieg 1991, Vorgeschichte Ukraine-Konflikt, Libyen 2011, Verschleierung geostrategischer Interessen, usw.

4. Warum hat unser Journalismus nicht den Mut, historische Ereignisse mit neuesten Erkenntnissen einzuordnen?

Beispiel Mord an J.F. Kennedy, der nahezu aufgeklärt ist. Beispiel 9/11 (Studie Prof. Leroy Hulsey, Universität Fairbanks).

Wie soll da Vertrauen in Unabhängigkeit entstehen?

5. Warum werden mutige investigative Journalisten wie Patrik Baab (NDR) ins Abseits gestellt, statt für Ihren Mut und ihre investigative Arbeit gewürdigt zu werden?

6. Warum meiden alle Talkshows den offenen Diskurs mit Kritikern der westlichen Hegemonie? Obwohl die westlichen Interessen oftmals nachweislich gegen die Menschenwürde verstoßen?

Wie soll Vertrauen entstehen, wenn westliche Werte lediglich Lippenbekenntnisse sind und offen sichtbar mit zweierlei Maß gemessen wird?

7. Durch politische Manipulationen der Vergangenheit kann man auf die Manipulation der Gegenwart schließen. Deshalb muss guter Journalismus immer auch die dahinterstehenden Interessen sichtbar machen.

Durch historische Aufarbeitung kann hier neues Vertrauen geschaffen werden.

Wer trägt die Verantwortung, dass das fast nicht mehr geschieht?

8. Die Wikipedia ist inzwischen die weltweit führende Enzyklopädie und wird bei vielen Artikeln nachweislich politisch manipuliert. Dazu gibt es privat finanzierte stundenlange Dokumentationen im Internet.

Hier geht es um Allgemein-Interesse.

Wann übernimmt der ÖRR die notwendige Aufklärungsarbeit?

9. ÖRR Journalisten ohne feste Verträge können nicht mutig und unabhängig sein, ohne ihre Aufträge zu riskieren. Wann sorgen Sie für Arbeitsplatzsicherheit von unbequemen investigativen Redakteuren?

Wann wird ein förderndes Anreizsystem und ein starker juristischer Rückhalt für investigativen Journalismus geschaffen?

10. Wann wird über die ernsthaften Absichten der Bürgerinitiative Leuchtturm ARD berichtet, die seit über 100 Wochen in über 50 Städten mit Mahnwachen einen ausgewogenen und staatsfernen öffentlichen Rundfunk fordert?

11. Wann findet eine offene Aufarbeitung der Verletzungen des Pressekodex statt, die seit der Corona-Krise in erheblichem Maße stattfinden?

12. Wann wird über die Relevanz der Geldflüsse berichtet und den daraus folgenden erheblichen Gefahren für unsere Demokratie?

Z.B. wer finanziert die Faktenchecker, Correctiv, Stiftungen mit politischem Interesse, wer sitzt in der WHO und mit welchen Interessen?

13. Wann wird über Organisationen wie die "Trusted News Initiative", das "Project Syndicate" oder die "Google News Initiative" berichtet, die nachweislich internationale Narrative konstruieren, die dem allgemeinen Interesse entgegenstehen und die Einseitigkeit verstärken?

14. Wir hören von vielen Redakteuren von Diskurs-Verengung, kritische Themen werden vermehrt abgelehnt.

Selbstzensur ist die Folge. Ein ernstes Thema, das sich verschlimmert hat. Wann wird darüber öffentlich diskutiert?

15. Wir brauchen den ÖRR unbedingt als Orientierung, mit ausgewogener und staatsferner Berichterstattung ohne Rücksicht auf politische und wirtschaftliche Einzel-Interessen.

Warum gelingt Ihnen die Unabhängigkeit nicht, obwohl wir Beitragszahler Sie bezahlen?

Unsere kreative und demokratische Zukunftsgesellschaft braucht

den Dialog und einen offenen und fairen Diskurs über diese nachweislichen Fehlentwicklungen in der Ethik des weltweiten Journalismus.

Für die Lösung dieser Probleme regen wir Runde Tische mit kompetenten Fachgruppen an. Seit über 100 Wochen dokumentieren wir Schweigen und Ignoranz gegenüber diesem Dialog-Angebot - ein Armutszeugnis für unsere Demokratie!



V. Dialog mit dem deutschen Journalistenverband

Lieber Herr Grimberg,

München, 3. Juni 2024

ich bin Jimmy Gerum, Gründer der Bürgerinitiative LeuchtturmARD.de, die sich seit 2021 sehr konstruktiv für eine neue journalistische Ethik einsetzt.

Gerne will ich Ihnen auf ihre Stellungnahme zum ÖRR Manifest von [meinungsvielfalt.jetzt](https://meinungsvielfalt.jetzt/antworten) antworten:

<https://meinungsvielfalt.jetzt/manifest.html>

Was ist dran am "Manifest" für einen neuen ÖRR? 05.04.2024, Meinung von Steffen Grimberg, Medienjournalist & Vorstandsvorsitzender des DJV Berlin – JVBB

Vom „Wutbrief“ schreibt die „Berliner Morgenpost“, die Arbeitsgemeinschaft der Redaktionsausschüsse von der ARD und ZDF distanziert sich ganz ausdrücklich und unser Bundesvorsitzender Mika Beuster fordert mehr Transparenz: Was also ist zu halten von dem „Manifest für einen neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland“, das eine Gruppe um den ehemaligen SWR-Mitarbeiter Ole Skambraks diese Woche veröffentlicht hat?

Zunächst einmal: Einige der in dem Aufruf angesprochenen Probleme und Reformvorschläge haben Hand und Fuß. Mehr Zeit für Recherche, weniger Schielen auf die Quote, bessere Arbeitsbedingungen bzw. Festanstellungen für die vielen Tausend freien Mitarbeitenden, Verzicht auf Outsourcing – all das sind Ziele, die auch der DJV vertritt und einfordert. Genau so verhält es sich mit der Forderung nach mehr Mitsprache der Mitarbeitenden in den Anstaltsorgans und nach mehr Dialog mit den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern.

Vieles davon ist übrigens alles andere als neu, die Pflicht zu mehr Transparenz und Dialog steht mittlerweile sogar ganz ausdrücklich im Medienstaatsvertrag.

Sie haben ganz Recht, dass geeignete Forderungen explizit im Medienstaatsvertrag erwähnt werden. Leider haben wir Beitragszahler trotzdem keine Möglichkeit Dialog und Transparenz

erfüllt zu bekommen. Aktuell strengt unsere Bürgerinitiative bundesweit mehr als 200 Verfahren vor den Verwaltungsgerichten gegen nachweisliche Verletzungen des Medienstaatsvertrages an. Doch wir bekommen trotzdem kein Recht. Die Richter schieben die Verantwortung regelmäßig auf den Rundfunkrat. Programmbeschwerden führen zu keinem Ergebnis. Die Räte nehmen sie bestenfalls zur Kenntnis. Tatsächliche Änderungen am Programm gibt es so gut wie gar nicht.

Was allerdings gar nicht geht, sind die zahlreichen mehr oder weniger deutlichen Unterstellungen im Manifest, ARD, ZDF und Deutschlandfunk hingen am Gängelband der Politik und würden in ihren Redaktionen quasi routinemäßig gegen journalistische Standards verstoßen.

Diese Unterstellungen sind etwas genauer zu betrachten. Es gibt gesellschafts- und demokratiegefährdende Einflüsse, die globale Einzelinteressen mittels manipulierter oder einseitiger Nachrichten in der öffentlichen Meinung erfolgreich umsetzen können. Sie kennen sicher die Abhängigkeiten von westlichen Presseagenturen. Viel wichtiger ist aber die international zunehmende Steuerbarkeit von Kampagnen, auch aufgrund wirtschaftlicher oder politischer Abhängigkeiten. So kommt es, dass die Leit-Medien in der Ukraine-Krise im Chor die Notwendigkeit von Waffenlieferungen in den Vordergrund stellen, während kein Wort über seit 2014 zunehmend gefährdete russische Sicherheitsinteressen in der öffentlichen Meinung ankommt. Es ist keinesfalls so, dass sich der einzelne Journalist jedes Mal seiner manipulierenden Berichte bewusst ist, wenn er selbst gar nichts von dieser russischen Perspektive und den ihr zugehörigen Fakten weiß. Im Ergebnis haben also sowohl das Manifest, als auch Sie Recht.

Und nebenbei schlittert die Welt in eine dunkle Zeit, fernab vom demokratischen Friedenswillen der Völker.

Wenn „Faktenchecks“ kritisiert werden, weil sie eine „vermeintlich absolute Wahrheit, die selten existiert“ suggerierten und gefolgt wird: „Der freie gesellschaftliche Diskurs wird dadurch schmerzhaft beschnitten“, offenbart das eine sehr eigenwillige Vorstellung von Journalismus.

Die von Ihnen beschriebene "eigenwillige Vorstellung" ist vielfach belegt durch professionelle Recherchen.

Hierzu zwei erhellende Beispiele, wie sogenannte "Fakten-Checker" als politisches Instrument missbraucht werden können:

<https://www.tageslicht-magazin.de/artikel/wer-steckt-hinter-den-faktencheckern/>

<https://www.hintergrund.de/allgemein/rundschau/wer-die-fakten-checkt-bestimmt-die-wahrheit/>

Da wird gefordert, „Bürgern multiperspektivische Informationen anzubieten“ was angeblich nicht passiert. „Stattdessen verschwimmen Meinungsmache und Berichterstattung zusehends“, heißt es weiter, „nur sehr selten finden relevante inhaltliche Auseinandersetzungen mit konträren Meinungen statt.“ Stimmen, die einen – medial behaupteten – gesellschaftlichen Konsens hinterfragen, würden dagegen lächerlich gemacht und als „Klima-Leugner“ oder „Putin-Versteher“ diffamiert.

Richtig, den Konjunktiv können Sie hier weglassen. Genau das passiert uns jeden Tag. Umso wichtiger ist zu erwähnen, dass unsere Bürgerinitiative diese Ausgrenzungen und Verletzungen jeglicher journalistischen Sorgfaltspflicht seit 2021 dokumentiert. Lesen sie bitte die Dokumente "Briefe an die Redaktion" auf unserer Website:

<https://leuchtturmard.de/mahnwachen-material/briefe-an-die-redaktion>

redaktion

Um es ganz deutlich zu sagen: Wer – wie das Manifest – behauptet, hier würde jemand „mundtot“ gemacht und fordert, der „neue Rundfunk“ solle „zensurfrei“ berichten, diskreditiert sich selbst. Eine Zensur findet statt? Das ist haargenau Argumentation derer, die ihre alternativen Fakten gegen seriösen Journalismus setzen und jede Meinung, die nicht die ihre ist, ablehnen. So viel zur im Manifest beklagten „Eingrenzung des Debattenraums“!

Je deutlicher Sie werden, desto mehr begeben sie sich auf Glatteis. Denn das Gegenteil ist der Fall. Bleiben wir gerne beim Beispiel der Kampagne zur Unterstützung der Ukraine. Wir alle, die an ausgewogenen Leitmedien interessiert sind, lehnen keine Meinung ab, auch nicht die Meinung Waffen liefern zu müssen. Das hindert uns aber nicht daran weiter zu recherchieren und dabei die neuen Möglichkeiten des Internets zu nutzen. Bei unseren Redaktionsgesprächen stellte sich regelmäßig heraus, dass die Redakteure keine Kenntnis von wesentlichen Fakten der anderen Seite haben. Das sollte uns allen zu denken geben.

Alleine der gesunde Menschenverstand sollte Ihnen bei diesem Beispiel zweierlei sagen (ich vereinfache bewusst, gerne vertiefen wir das):

Erstens, dass russische Expansionsgelüste keinerlei logischen Sinn machen. Russland ist eines der rohstoffreichsten Länder der Welt und hat vor allem ein Interesse: Handel zu treiben, faire Preise auszuhandeln, und seine eigene Sicherheit. Anders der Westen: Er hat ein erhebliches Problem mit der Entwicklung der Weltwirtschaft und möchte nicht zusehen, wie Russland immer reicher wird.

Zweitens: Im 21. Jahrhundert sollte der Mensch eigentlich ethisch ausreichend gereift sein, um zu erkennen, dass Friedensdiplomatie jeder Gewalt vorzuziehen ist. Dem ist leider immer noch nicht so. Um Gewalt überhaupt rechtfertigen zu können braucht es also regelmäßig einen "neuen Hitler": Saddam, Ghaddafi, Assad, Putin: ein Blick in die Geschichte reicht aus!

Können Sie sich erklären, warum ausgerechnet Leit-Journalisten nicht endlich dazulernen, welche schrecklichen Dramen globale Einzelinteressen bewirken können und welche Rolle sie selbst dabei spielen?

Wie erklären Sie sich die aktuelle einseitige Kriegsbesoffenheit, in der friedliebende Bürger diffamiert werden? Welche Rolle spielen hier die Leitmedien?

Es wird Zeit für uns alle unseren gesunden Menschenverstand zu benutzen, wer hier wirklich profitiert von Gewalttätigkeiten.

Sollten Sie an konkreten Fakten interessiert sein, empfehle ich Ihnen dieses Gespräch von Roger Koepfel mit den Autoren eines äußerst erhellenden aktuellen Buchs:

<https://youtu.be/m202RnwPeOE>

Wenn man sich die Liste der Erstunterzeichnenden des Manifests anschaut, begegnen einem dann auch einschlägig bekannte Namen. Ex-TV-Pastor Jürgen Fliege ist dabei, der seit Jahrzehnten mit unhaltbaren Behauptungen gegen die „Tagesschau“ schießende ex-NDR-Mann Volker Bräutigam, sein ehemaliger Kollege Patrick Baab, der die NATO hinter dem Krieg in der Ukraine wähnt, die von ihrer Universität gekündigte Professorin Ulrike Guérot, die zu Corona-Zeiten gegen Masken und Impfungen war und die der Ukraine die Schuld am russischen Angriffskrieg gibt, der Münchner Professor Michael Meyen, dessen Medien-Blog mittlerweile bei Rubikon erscheint – und viele andere mehr. Auch Skambraks, der im Impressum für das „Manifest“ verantwortlich

zeichnet ist, vom SWR wegen seiner Behauptungen, der Sender habe in der Pandemie Nachrichten unterdrückt, entlassen worden.

Auch diese Liste von Personen, die Sie mit Sicherheit nur Ihrem beschmutzten Namen nach kennen, haben viele Bücher geschrieben, die alle in meinem Schrank stehen und gelesen wurden. Das Anhören der „anderen Seite“ ist wesentlicher Teil einer guten Recherche.

Können Sie deren wissenschaftliche Analysen in diesen Büchern zitieren und widerlegen?

Kennen Sie übrigens das Buch "Gekaufte Journalisten" von Udo Ulfkotte, oder haben diffamierende Zeitungsberichte über das Buch sie abgehalten es zu lesen?

(siehe <https://leuchtturmard.de/hintergrund/gekaufte-journalisten>)

Kennen Sie die Geschichte ausreichend genug, um zu wissen, dass die Gegner der herrschenden Narrative schon immer zum Freiwill durch Diffamierung wurden? Merkwürdigerweise versäumen auch ernsthafte Kritiker plötzlich sich mit den Argumenten solcher Personen zu beschäftigen. Es ist viel einfacher diese beschmutzten Charaktere auszusortieren und dies als Ausrede zu benutzen, nicht mehr argumentativ werden zu müssen.

Nur hat das dann leider nichts mehr mit Journalismus zu tun, wenn man auf diesen alten Trick reinfällt. Genau das ist auch Thema des Manifests.

Was einem dagegen kaum begegnet, sind Namen redaktionell arbeitender Kolleginnen und Kollegen. Auch die 33 weiteren Unterzeichner, die laut „Manifest“ im öffentlich-rechtlichen Rundfunk arbeiten und deren Adressen bei einem Rechtsanwalt hinterlegt sind, machen den Kohl nicht wirklich fett. Kein Wunder bei einem solchen „Manifest“!

Hier stimme ich Ihnen zu. Aber auch Ihnen dürfte nicht entgangen sein, wie gefährdet der Arbeitsplatz eines wirklich kritischen Journalisten plötzlich werden kann. Sie haben ja eingangs Ihres Schreibens sehr gut aufgezählt, was kritischen Journalismus aktuell erfolgreich behindert.

All unsere Institutionen einer funktionierenden Demokratie werden im Lauf der Zeit schleichend perforiert durch einflussreiche Interessengruppen, das nennt man Lobbyismus, Korruption, Erpressung, Gefälligkeiten, Abhängigkeiten und vieles mehr.

Es zeigt einen wachen Verstand, wenn man seine Naivität abgelegt hat und kritisch den aktuellen Zustand der Institutionen hinterfragt. Dieses Manifest ist sehr wach und fordert einen ernsthaften tiefgehenden Dialog! Wer diesen Dialog verweigert oder als unnötig diffamiert, leistet undemokratischen Kräften einen Vorschub.

Gerne gehen wir hier in einen offenen und fairen, demokratischen Diskurs.

Es geht um nichts weniger als die Zukunft unserer demokratischen Gesellschaft.

Mit besten Grüßen
Jimmy C. Gerum
 Tel. 0151-5055 2062
info@leuchtturmARD.de
<https://LeuchtturmARD.de>
 Arbeitsgemeinschaft Redlicher Diskurs

Auf diesen Brief erhielten wir bisher keine Antwort.



VI. Dialog mit dem BR über die Diffamierung von Dr. Daniele Ganser

**An die BR Redaktion Franken
 nach unserem Treffen kurz zuvor.
 München, 2. August 2023**

Liebe Redakteure,

vielen Dank nochmal für Ihre Zeit und Ihre so wichtige Dialogbereitschaft.

Das Ziel unserer Bürgerinitiative Leuchtturm ARD ORF SRG ist es Brücken in unserer demokratischen Gesellschaft zu bauen und wir freuen uns sehr, dass Sie diese Ziele mit uns teilen. Gerade Lokalredaktionen haben einen direkteren Zugang zu ihrer Bevölkerung und können hier viel für neues Vertrauen leisten.

Unser persönlicher Eindruck als Kenner von Dr. Gansers Botschaften ist, dass das negative Image, das Dr. Ganser bundesweit anstet, auch die Aussagen der von Ihnen Interviewten beeinflusste, denn Gansers Vortragsinhalte zeichnen ein gänzlich anderes Bild seiner Person. Ich nehme Ihren vergeblichen Versuch, Ganser zu kontaktieren zum Anlass, ihn um eine persönliche Stellungnahme zu bitten, unabhängig davon, ob diese redaktionell irgendwann verwendbar ist.

Der öffentliche Rundfunk trägt bei den kulturellen, politischen und zeitgeschichtlichen Entwicklungen eine besonders verantwortungsvolle Rolle, denn er ist von uns Bürgern finanziert, um immer kritisch und unabhängig agieren zu können. Die Kernkritik unserer Bürgerinitiative, dass unsere Medienwelt heute gespalten ist, und dass der ÖRR bisher nicht differenziert bei der Qualität der unabhängigen Nachrichten-Portale des Internets, muss öffentlich diskutiert werden.

Es geht hier um die dringend notwendige Orientierung, auf die wir als Bürger und Beitragszahler sogar ein gesetzliches Anrecht haben, deshalb fordern wir einen Leuchtturm ÖRR.

Es kann nicht die Aufgabe des Bürgers sein, sich im Dickicht des Internets eine Meinung bilden zu müssen. Dafür bezahlen wir den teuersten Rundfunk der Welt, um hier eine Hilfestellung zu bekommen, die jeden Missbrauch der politischen Macht unabhängig kritisiert und zur Rede stellt.

Wir sprachen kurz von einem der besten Info-Magazine des Internets und dem hervorragenden Journalisten Paul Schreyer.

Letztens erschien der Bericht zum Buch des Schweizer Geostrategen Jacques Baud zur Vorgeschichte des Ukraine-Krieges.

<https://multipolar-magazin.de/artikel/warum-hat-putin-die-ukraine-angegriffen>

Was hat das mit Ihrer Lokalredaktion zu tun?

1% der Nürnberger kennen Herrn Baud, weil Sie sich VIELFÄLTIG und AUSSERHALB der Leitmedien informieren. Können Sie sich die Schmerzen vorstellen, mit denen dieses eine Prozent auf die Straße geht, wenn sie erkennen, dass niemand außer ihnen diese Erkenntnisse hat?

99% der Nürnberger sind jedoch PERSÖNLICH BETROFFEN von den Erkenntnissen des Herrn Baud (Energiepreise, Inflation, Atomkriegsgefahr).

Wenn man also über eine "unbedeutende" Minderheit berichtet, sollte man im Blickfeld behalten, welche Inhalte davon die Mehrheit betreffen, und warum die Mehrheit schweigt, obwohl sie betroffen ist. Hier sind wir schon ganz nah bei der Verantwortung des Journalismus für eine ausgewogene Berichterstattung, die den Kontext auf mehreren Ebenen einbezieht.

Unsere Anregung für lokalen Bezug: Ein Interview mit einem Nürnberger Aktivist, dessen Behauptungen auch ethisch und gesellschaftlich relevant und belegbar sind und bisher an der betroffenen Mehrheit vorbeigingen.

Das wäre ein Mehrwert für die lokale Bürgerschaft.

Wir halten Sie gerne weiter auf dem Laufenden, was den Fortschritt unserer Bemühungen angeht.

Hier unser aktueller Artikel eines ebenfalls sehr bereichernden Portals namens Apolut.net:

<https://apolut.net/leuchtturm-ard-richtungsweisendes-gerichtsverfahren-gegen-die-desinformation/>

Zum Schluss noch drei Links, die beispielhaft belegen, wie weit sich der Journalismus heute von wahren Journalismus entfernt hat.

Ausgrenzung & Diffamierung kritischer Wissenschaftler // Dr. Ulrike Guérot & Dr. Daniele Ganser

<https://youtu.be/fj6JcbcxWEY>

Johannes Menath: »Die Methoden der Meinungslenkung«

<https://leuchtturmard.de/hintergrund/johannes-menath-die-methoden-der-meinungslenkung>

Oppositionsmedien - Paul Schreyer im Gespräch mit Dr. Daniele Ganser

<https://leuchtturmard.de/hintergrund/oppositionsmedien-1>

Liebe Redakteure, wir bitten Sie auch, dieses Schreiben an geeignete Stellen weiterzuleiten, es geht hier um einen gemeinsamen Diskurs von großer Relevanz für die Zukunft unserer Demokratie.

Liebe Grüße

Jimmy C. Gerum

www.LeuchtturmARD

NACHTRAG zum Brief vom 2. August an den BR Franken

München, 15. August 2023

Liebe Redakteure,

Herr Dr. Ganser ist inzwischen aus dem Urlaub zurück und möchte verweisen auf seinen öffentlichen CV und seine umfangreiche publizistische Tätigkeit.

<https://www.danieleganser.ch/lebenslauf/>

Es ist unglaublich erniedrigend, Zitate von öffentlichen "Experten" zu lesen, die aus dem Zusammenhang gerissen, nur der Diskreditierung einer politisch unerwünschten Meinung dienen.

Deshalb können wir verstehen, dass sich Dr. Ganser nicht gegenüber Menschen rechtfertigen will, die seine Bücher und Inhalte nicht kennen oder absichtlich fehlinterpretieren.

Dr. Gansers Botschaft gewalttätige Konflikte nur friedlich und achtsam lösen zu wollen, entspricht dem gesunden Menschenverstand und wird nur vom militärisch-industriellen Komplex abgelehnt.

Wir sollten uns also langsam fragen, WIE dieser Komplex WEN beeinflusst und diese Fragen eingehender und öffentlich untersuchen.

Ebenso die wichtige Frage, die auch eine unserer Fragen an den Journalismus und Prof. Kai Gniffke ist, wie es sein kann, dass die WIKIPEDIA zur Diskreditierung unerwünschter politischer Meinungen missbraucht wird, ohne dass der ÖRR sich verantwortlich fühlt hier Aufklärung zu betreiben.

Vierstündige Dokumentation dazu auf youtube:

<https://www.youtube.com/watch?v=5vdHiPGHlc0>
<https://youtu.be/HH-Ym-an2xw>

Wir stehen hier mitten in das Wespennest globaler Interessen. Lassen Sie uns gemeinsam unsere Verantwortung erkennen und als Menschheitsfamilie zusammenstehen.

Liebe Grüße

Jimmy C. Gerum, 0151-5055 2062

www.LeuchtturmARD.de/hintergrund





VII. Rede beim Treffen der Werteunion am 2.11. 2024 in Koblenz

Sehr geehrte Damen und Herren,
vielen Dank für die Einladung.

Vorab:

Einen öffentlichen Rundfunk, der als Herrschaftsinstrument missbraucht wird als ein Instrument zur Steuerung der öffentlichen Meinung in eine gewünschte Richtung, so was braucht kein Mensch.

Die Kernfrage ist aber, was passiert, wenn er wirklich weg ist, endet dann die Steuerung der öffentlichen Meinung?

Natürlich nicht, sie wird noch schlimmer oder bleibt genauso schlimm, je nach Perspektive.

Es ist also etwas komplexer, als nur von Abschaffung oder Unreformierbarkeit zu sprechen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin der Gründer der Bürgerinitiative Leuchtturm ARD ORF SRG, die heute knapp drei Jahre alt ist. Meine Vorgeschichte: Als Kinofilmproduzent war ich mittelständischer Unternehmer und zuletzt habe ich einige Jahre intensiv recherchiert zum Thema Geopolitik und Geschichte. Als Bürgeraktivist versuche ich vor allem lösungsorientiert zu arbeiten.

Meiner Meinung nach haben wir in unserer westlichen Welt mit unserer sogenannten „regelbasierten Ordnung“ ein grundsätzliches Problem mit der herrschenden Ethik des Journalismus.

Der westliche und auch der globale Journalismus verengt oder verweigert die notwendige politische Debatte und den demokratischen Diskurs, **anstatt als aufrichtige und**

unabhängige vierte Gewalt den selbsternannten Herren der Welt konsequent auf die Finger zu klopfen.

Wir leben heute in einer globalisierten Welt mit starken globalen Einzelinteressen, deren Macht und Durchsetzungskraft ein gesundes Gleichgewicht zum Wohle unserer Demokratien verhindert.

Diese Einzelinteressen haben es seit Jahrzehnten geschafft die Institutionen einer funktionierenden Demokratie zunehmend zu beeinflussen. Die Details dieser Beeinflussungen öffentlich zu benennen und dadurch auch den Spaltungen in der Bevölkerung entgegenzuwirken, **das wäre die Aufgabe eines mutigen Journalismus.**

Unsere Bürgerinitiative leistet sich hier seit drei Jahren einen großen Idealismus. In unserer Idealvorstellung wird der öffentliche Rundfunk zu einem journalistischen Leuchtturm in der stürmischen See dieser globalen und geopolitischen Interessenkonflikte. Er könnte Vorreiter einer völlig neuen journalistischen Ethik werden, die kritisch und ausgewogen das Bewusstsein und die Verantwortung aller Bürger für die Gestaltung unserer Demokratie stärkt.

Das ist keine naive Vision.

Denn es sind unsere Milliarden als Beitragszahler, die unseren öffentlichen Rundfunk theoretisch völlig unabhängig machen von politischen Einzelinteressen und von der wirtschaftlichen Konjunkturlage.

Mit unserem Geld sind Rechte verbunden, die wir viel zu wenig einfordern. Deshalb ist es auch absolut kontraproduktiv den Rundfunkbeitrag abschaffen zu wollen.

Wir wollen keine Tagesschau sponsored by Google News, wir wollen aus der theoretischen Unabhängigkeit eine praktische Unabhängigkeit machen.

Für die Gegner des Zwangsbeitrags haben wir jedoch durchaus sehr gute Ideen den Rundfunkbeitrag zu verringern und ihn auch an das Einkommen der Bürger besser anzupassen.

Aber vor allem ist der Rundfunkbeitrag eine gesellschaftliche Chance, wahre Meinungsvielfalt einzufordern.

Wie konnte das also passieren, dass der öffentliche Rundfunk trotz unseres Geldes, trotz unserer Milliarden, die verfassungsgemäße Unabhängigkeit nicht umsetzt und sich damit selbst ad absurdum führt?

Die Antwort ist einfach: Eine Institution mit so großer Macht und Deutungshoheit, dass sie immer in der Lage ist eine politische Linie vorzugeben, bestimmte Meinungen vorzugeben und zu festigen, wird zwangsläufig immer der Gefahr ausgesetzt sein, instrumentalisiert zu werden.

Diese Instrumentalisierung geschah schleichend und zunehmend über viele Jahrzehnte. **So schleichend, dass das Maß der Beeinflussung vielen Redakteuren gar nicht bewusst ist.**

Eines der wichtigsten Beispiele dafür: Unsere Medienlandschaft ist heute gespalten in eine Mainstream-Fraktion, und jenseits davon existieren mutige und unabhängige Nachrichtenportale im Internet. Natürlich gibt es in beiden Medienwelten auch viele Unsachlichkeiten und Manipulationen.

Warum erfüllt der öffentliche Rundfunk hier nicht seinen Auftrag diese neue Medienwirklichkeit differenziert und kompetent zu untersuchen?

Auch hier ist die Antwort naheliegend: Weil diese differenzierte Darstellung der vielen unabhängigen System-Kritiker zu sehr an den bestehenden Machtverhältnissen der genannten globalen Einzelinteressen rütteln würde.

Seit nunmehr 120 Wochen halten wir Mahnwachen vor den Rundfunk und Zeitungshäusern ab und bitten freundlich um einen konstruktiven Dialog auf Augenhöhe zwischen Bürgeraktivisten und Redakteuren. Fast immer wird der Dialog und Diskurs verweigert, ein Armutszeugnis unseres Demokratieverständnisses und unseres Journalismus.

Ca. 15 Mal gelang uns dieser Dialog - allerdings nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit, weil der öffentliche Rundfunk offenbar nicht den Mut hat einen **öffentlichen Diskurs** über die **Details der Fehlentwicklungen** zu führen.

Zu diesen Details haben wir 15 konkrete Fragen an die Ethik des Journalismus auf unserer Website veröffentlicht, die bis heute unbeantwortet blieben.

In allen Gesprächen, die wir führten offenbarte sich eine eklatante Unkenntnis der Personalien und der Inhalte der investigativen Portale des Internets. Ein Beispiel: Sowohl der bayerische Rundfunk wie auch der ARD Faktenfinder verzerren eine Persönlichkeit wie die von Dr. Daniele Ganser als rechtsextrem, bis zur Unkenntlichkeit, nur weil er es wagt friedliche Lösungen für die Menschheitsfamilie zu fordern.

Wer ist dafür verantwortlich? Ist es der globale militärisch-industrielle Komplex, der seinen vielfältigen Einfluss bei der Berichterstattung geltend macht, oder ist es eine völlige Unkenntnis der Sachverhalte, weil die Brandmauer zum kritischen Journalismus inzwischen so hoch ist, dass normale Redakteure sie gar nicht mehr überwinden können?

Meiner Meinung nach ist beides der Fall.

Noch vor der Gründung der Bürgerinitiative Leuchtturm ARD habe ich die NZZ, die neue Zürcher Zeitung, angeschrieben, weil sie ihre Leser auf die falsche Fährte geführt hat, in der Frage des Attentats auf den schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme - entgegen der unabhängigen Forschung und Analyse.

Ich habe den Spiegel angeschrieben, weil er den Nachruf auf Ex US Präsident George Bush senior entweder inkompetent oder unaufrichtig zusammengefasst hat.

Ich habe Günther Jauch angeschrieben, weil ich als Student in den 80er Jahren an einem seiner Journalismus-Seminare teilnahm - er war damals Gastprofessor am Münchener Institut für Kommunikationswissenschaften - ; und ich hoffte, dass er jetzt am Ende seiner Laufbahn den Mut finden könnte über echten kritischen Journalismus zu sprechen. Denn jemand wie er könnte helfen die beiden augenscheinlich getrennten journalistischen Welten, Leitmedien und Internetmedien, kompetent und glaubwürdig zusammenzuführen.

Aber alle diese Dialog-Angebote haben dasselbe Ergebnis. Unserem Journalismus fehlt der Mut die notwendigen Diskurse über sein eigenes Selbstverständnis zu führen.

Wir haben es mit einem Elfenbeinturm zu tun.

Deshalb brauchen wir eine völlig neue Ethik des Journalismus als wichtigste Säule unserer zukünftigen Demokratie und dazu gehört der aufrichtige demokratische Diskurs über die historischen Fehlentwicklungen in allen unseren demokratischen Institutionen.

Damit unsere Forderungen nicht zu abstrakt wirken, gebe ich Ihnen

zwei weitere Beispiele für die Motivation unserer Bürgerinitiative.

Mein persönliches Vertrauen in den öffentlichen Rundfunk wurde erschüttert durch mein lebenslanges Interesse an dem Attentat auf John F. Kennedy. Jede öffentlich-rechtliche Doku dazu habe ich verschlungen. Erst nach 50 Jahren, durch die Aufklärung des qualitativ hochwertigen Journalismus im Internet wurde mir klar, dass ich jahrzehntelang hinters Licht geführt worden war.

Denn bereits in den 70er Jahren war klar, dass Lee Harvey Oswald nicht der Täter sein konnte. Es mag sein, dass die exakte Täterschaft noch immer im Ungewissen verbleibt. Aber was unsere Leitmedien absichtlich bis heute verschweigen ist, dass unsere Demokratie auch von Innen sehr gefährdet wird, nicht nur von außen durch einen längst widerlegten Einzeltäter. Nach dem Motto von Ex-Innenminister Thomas de Maziere:

"Ein Teil dieser Antworten könnte die Bevölkerung verunsichern".

Zweites Beispiel: Bei einer Medien-Tagung in Tutzing 2023 sagte der Chefredakteur der ZEIT Giovanni di Lorenzo, dass er alle seine Reporter auf den 11. September ansetzen würde, wenn sich neue Indizien ergäben.

Darüber sprach ich beim Mittagessen mit dem Mitherausgeber der FAZ Jürgen Kaube, der dasselbe behauptete. „Da habe ich eine gute Nachricht für Sie“, meinte ich, und erzählte von der Studie von Prof. Leroy Hulsey von der Universität Alaska. In drei Jahren Arbeit entwickelte Hulsey mit seinen Studenten verlässliche Computermodelle, die 2019 wesentliche neue Erkenntnisse zum Einsturz des dritten Gebäudes WTC 7 am 11. September 2001 beitrugen. Zwei Flugzeuge - Drei Türme.

Jedoch sowohl die politische Weisungsgebundenheit des zuständigen wissenschaftlichen Instituts als auch die politische Weisungsgebundenheit der New Yorker Staatsanwaltschaft verhindert bis heute die neue Beweisaufnahme.

Die Demokratie beißt sich hier also selbst in den Schwanz. **Dieser Konstruktionsfehler der westlichen Demokratie wäre wahrlich einen breiten öffentlichen Diskurs wert. Aber mehr als betretenes Schweigen konnte ich nicht ernten.**

Seit drei Jahren bemühen wir uns nun für den aufrichtigen Diskurs über die Gründe der vielen gesellschaftlichen Spaltungen.

Unsere Bürgerinitiative Leuchtturm ARD sprach 2023 im bayerischen Landtag als unabhängige Sachverständige zum Thema Reformbedarf des öffentlichen Rundfunks, vorgestern waren wir im Landtag Nordrhein-Westfalen beteiligt am Diskurs über die Reduzierung der Intendantengehälter auf Antrag der FDP, und am 6. November werden wir unsere Position zum aktuellen Reformstaatsvertrag des öffentlichen Rundfunks bei einer Anhörung des Landtags Berlin Brandenburg vertreten.

Ein weiterer wichtiger Erfolg gelang uns durch die Betreuung von über 200 Gerichtsprozessen vor den bundesweiten Verwaltungsgerichten zum Thema der Einseitigkeit in der Berichterstattung. Das Bundesverwaltungsgericht beschloss zuletzt die Zulassung der Revision und bearbeitet gerade die 250-Seiten-Revisionsschrift unserer Kanzlei Willemer zur konkreten Einseitigkeit des öffentlichen Rundfunks in der Ukraine-Krise. Anhand hunderter Sendungen, die wir in den Mediatheken untersucht haben.

In wenigen Monaten wird dieser Prozess stattfinden und hoffentlich die nötige Aufmerksamkeit bekommen.

Seit Juni 2024 sind wir auch Mitgründer des Vereins „Bund der Rundfunkbeitragszahler e. V.“ der sich für die Rechte der Beitragszahler einsetzen wird und für mehr Transparenz und Kontrolle sorgen will. Werden Sie gerne Mitglied! Das Thema geht uns alle an.

Unser wichtigstes Projekt ist aber unsere Aufforderung an Sie alle eine gemeinsame Stimme zu erheben. **Der öffentliche Rundfunk gehört denen, die ihn bezahlen und dafür haben wir Bürger und Beitragszahler verbrieft Rechte einzufordern.**

Für die Hörbarkeit dieser lauten Stimme haben wir heute die notwendigen technischen Voraussetzungen: Denn die digitalen Kommunikationsmöglichkeiten ermöglichen heute eine Vernetzung auf lokaler, nationaler und globaler Ebene und weisen uns allen die Verantwortung zu, diese große Chance zu nutzen.

Seit einigen Monaten globalisieren wir das Dialog-Angebot an die weltweiten Medienhäuser mithilfe digitaler Vernetzung und fordern eine konstruktive Friedensdiplomatie, die auf transparentem Interessenausgleich beruht.

Dass wir ganz aktuell immer noch über 20 Kriege und über 200 weitere gewalttätige Konflikte führen - laut dem Heidelberger Institut für Konfliktforschung - ist unserer gesamten menschlichen Zivilisation absolut unwürdig.

Eine wichtige Grundlage, um das zu ändern ist eine völlig neue journalistische Ethik, die sich nicht scheut den Finger in die Wunde zu legen.

Ganz aktuell freue ich mich, dass sich ein Vertreter der Münchner Sicherheitskonferenz, Herr Nico Lange bereit erklärt hat sich in einer Online Veranstaltung auf der Plattform der Friedensorganisation EVALWW.com von Karl-Heinz Hinrichs dem öffentlichen Diskurs zu stellen über die Hintergründe der Ukraine-Krise.

Genau solche Diskurse braucht unsere Demokratie.

Genau solche Diskurse wollen wir in UNSEREM öffentlichen Rundfunk sehen.

Den Online-Link für die Veranstaltung am Freitag nächster Woche, 8. November um 19 Uhr können Sie jederzeit bei uns erfragen. Sie wird auch aufgezeichnet.

Unsere Bürgerinitiative Leuchtturm ARD arbeitet ehrenamtlich und sammelt keinerlei Spenden, die Grundlage unserer Arbeit ist die digitale Kommunikation, die heute nahezu kostenlos ist. Weltweit. Wir brauchen nur Ihre geschätzte Mitarbeit, ab einer Stunde pro Woche, für eine zukunftsfähige und lebendige Demokratie. Jeder kann seine Stärken einbringen. Kommunikationsarbeit oder Fleißarbeit am PC. Unsere Friedensarbeit kann jeder zuhause auf der Couch erledigen.

Ich danke allen unseren Mitarbeitern ganz herzlich, die ihre Freizeit opfern, sich bei den Mahnwachen bei Regen und Schnee die Füße abfrieren und die sich bereits seit drei Jahren für unser aller Gemeinwohl einsetzen.

Melden Sie sich jederzeit bei uns unter LeuchtturmARD.de und helfen sie mit. Jeder Bürger national und international kann helfen unsere Stimme für eine völlig neue Aufrichtigkeit in unseren Medien von Woche zu Woche hörbarer zu machen.

Lasst uns gemeinsam daran arbeiten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Mit besten Grüßen

Jimmy Gerum, +49-151-5055 2062

<https://LeuchtturmARD.de>

Email: info@leuchtturmARD.de

VIII. Stellungnahme im Ausschuss Medien, Landtag Berlin, am 6. November 2024

Sehr geehrte Abgeordnete,

ich bin Gründer der Bürgerinitiative Leuchtturm ARD ORF SRG.

Uns bereitet die abnehmende Akzeptanz und das sinkende Vertrauen gegenüber dem öffentlichen Rundfunk große Sorgen.

Laut einer aktuellen OECD Studie liegt das Vertrauen der Deutschen in Ihre Nachrichtenmedien nur noch bei 35%.

Der ursprüngliche Gründungsgedanke, mit dem Öffentlichen Rundfunk ein politisch unabhängiges Leitmedium zu schaffen, das die Meinungsvielfalt spürbar abbildet, ist nicht ausreichend umgesetzt.

Unsere Bürgerinitiative leistet sich die Zukunftsvision, dass der öffentliche Rundfunk zu einem Leuchtturm werden könnte, der allen Bürgern Orientierung bietet im unruhigen Fahrwasser der geopolitischen Interessengeflechte in einer globalisierten Welt.

Die Realität ist eine andere.

Der Reformstaatsvertrag spricht mit schönen Worten von der qualitativen Stärkung des Funktionsauftrages, einer Stärkung des Vertrauens und einer Verbesserung der Kontrolle.

Die Wahrnehmung der kritischen Bürger und Beitragszahler ist jedoch der Missbrauch des öffentlichen Rundfunks als Herrschaftsinstrument, das die Steuerung der öffentlichen Meinung in bestimmte Richtungen ermöglicht, entgegen den Vorgaben des Medienstaatsvertrages.

Dieses Ungleichgewicht entsteht zum Beispiel durch die Benennungskriterien der Sachverständigen in den Kommissionen und Gremien, die weiterhin nicht in Frage gestellt werden, obwohl sie ursächlich sind für die mangelnde Perspektivenvielfalt.

Die sechs Mitglieder des neu angedachten Medienrates repräsentieren erneut nur die Sicht

von Innen. So entsteht weder Unabhängigkeit noch Meinungsvielfalt.

Wenn sich der öffentliche Rundfunk qualitativ stärken will, muss er die Sicht von Außen in die Gremien integrieren.

Wenn der öffentliche Rundfunk die Medienkompetenz stärken will, muss er über unabhängige und investigative Nachrichtenportale im Internet differenziert und kompetent aufklären, statt sie zu verschweigen oder einseitig zu diffamieren.

Auch die prekären Arbeitsverträge führen zu Konformität in den Redaktionen, statt zu wahrer Meinungsvielfalt.

Der Reformstaatsvertrag sieht ein Indexmodell vor zur Umgehung der Länderparlamente bei künftigen KEF Entscheidungen, um lästige Debatten wie diese zu ersparen. Solche Modelle fördern weder die Staatsferne noch die Regierungsferne.

Im Reformstaatsvertrag wird auch der anzustrebende Gesellschaftsdialog angesprochen inklusive einer Leistungsanalyse.

Unsere Bürgerinitiative hält seit 120 Wochen bundesweit Mahnwachen vor den Rundfunkhäusern ab und bietet dort einen

respektvollen und konstruktiven Dialog auf Augenhöhe über die unterschiedlichen Perspektiven an.

Wir erleben jedoch einen Elfenbeinturm, der den konstruktiven Diskurs verweigert und in über zwei Jahren nur einige Gespräche hinter verschlossenen Türen zugelassen hat, obwohl gerade der öffentliche respektvolle Diskurs so wichtig wäre für die Förderung des Vertrauens in den öffentlichen Rundfunk.

Bei den geplanten finanziellen Einsparungen fällt auf, dass meist an der falschen Stelle gespart wird, nämlich bei der kulturellen und regionalen Vielfalt, die eigentlich die Stärke des öffentlichen Rundfunks ist.

Dazu ist grundsätzlich zu sagen: Der öffentliche Rundfunk hätte gar kein Finanzierungsproblem, wenn er nicht in so einer tiefen Vertrauenskrise stecken würde. Die Bürger und Beitragszahler wären schnell überzeugt vom Wert der monatlichen Abgabe, wenn sich der öffentliche Rundfunk endlich reformfähig zeigen würde, wenn er den Blick von Außen zulassen würde, wenn er spürbar die Sorgen der Bevölkerung abbilden würde durch eine mutige redaktionelle Arbeit, die von den Gremien und von den Arbeitsverträgen geschützt wird. All das ist nicht der Fall.

Unser Lösungsansatz ist es, die allgemeine Diskursverengung zu beenden und den offenen demokratischen Dialog zu suchen, um endlich neue Gestaltungsspielräume zu entdecken, wie wir die Spaltungen in der Gesellschaft vermindern können und signifikantes neues Vertrauen in unseren öffentlichen Rundfunk schaffen können. Für dieses Ziel haben wir viele konkrete Vorschläge erarbeitet, die wir gerne diskutieren wollen.

Der ausgetragene Dissens hält eine demokratische Gesellschaft zusammen, nicht der Scheinkonsens.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Jimmy Gerum

IX. FAZIT und Aufruf

Liebe Leser, Liebe Freunde von Demokratie und Frieden, wer dieses Themenpapier aufmerksam liest wird feststellen, dass es einen engen Zusammenhang gibt zwischen der undemokratischen Gewalt und Gier, die die Menschheitsgeschichte prägt, und den Informationen, die uns allen zur Verfügung stehen, um die richtigen Entscheidungen für unser friedliches Zusammenleben zu treffen.

Kommen wir also zurück zu dem großen Optimismus der uns in eine Welt ohne diese Gewalt und Gier führen könnte: Ein Optimismus, der getragen wird von den heutigen digitalen Möglichkeiten der Vernetzung. Eine Vernetzung aller globalen demokratischen und friedlichen Kräfte.

Lassen Sie sich inspirieren von einem großen Vordenker unserer heutigen Möglichkeiten:

Prof. Peter Kruse, (1955-2015) prophezeite 2010 in einer Rede im Bundestag in drei Minuten die mögliche Machtverschiebung hin zum demokratischen Bürger durch die Entwicklung und Koordinierung digitaler Vernetzungen:

https://youtu.be/e_94-CH6h-o

Welch großartiges Selbstvertrauen kann in uns wachsen, wenn wir uns als Teil einer stetig wachsenden demokratischen und friedlichen Bewegung empfinden, die selbstlos das Wohl unserer zukünftigen Zivilisation anstrebt.

Jeder Einzelne von uns ist nun gefragt, ob er an diesem kostenlosen Kommunikationsprojekt teilnehmen will. Egal ob anonym oder mit vollem Namen, jeder kann seinen Beitrag leisten und seine eigene Kreativität in dieses Netzwerk einbringen.

Denn Kommunikation ist nur die Grundlage der Idee.

Unser aller persönliche Stärken können kreativ zu diesem Konzept beitragen und in dieser Idee von globaler Gemeinschaft aufblühen.

Melden Sie sich bei unserer Bürgerinitiative, in jeder Sprache und mit jedem kulturellen Hintergrund.

Seien Sie Teil der Menschheitsfamilie, die ihre eigene Zukunft mitgestaltet und die von keiner unaufrichtigen Kraft in dieser Welt aufgehalten werden kann.

Liebe Grüße

Bürgerinitiative Leuchtturm ARD ORF SRG

Arbeitsgemeinschaft Redlicher Diskurs

Jimmy C. Gerum

Telefon: +49-151-5055 2062

info@leuchtturmard.de

<https://LeuchtturmARD.de>



LEUCHTTURM ARD

MULTIPOLARITÄT · AUSGEWOGENHEIT · STAATSFERNE

X. Geht alle Macht vom Volk aus?

Immer wieder stellen Wissenschaftler fest, dass die Bevölkerung in den Repräsentationssystemen kaum Einfluss auf die Tagespolitik der so verfassten Länder hat. Natürlich ist das Repräsentationssystem schon von den Gründervätern der USA, die alle Sklaven haltende Großgrundbesitzer (Oligarchen in ihren Gegenden) waren, von Anfang an so konstruiert worden, dass sie ihre Macht als Oligarchen nicht an „das Volk“ verlieren. Natürlich ist „das Volk“ nicht die genaue Gruppe von Menschen, an denen die Oligarchen befürchteten ihre Macht verlieren zu können, denn sie fürchteten damals vor allem die legislative Kraft der bewaffneten und in Milizen organisierte Bürgerversammlungen der Kommunen. Diese bewaffneten und freien Bürger verlangten damals nach der Erlangung ihrer Unabhängigkeit vom britischen

Königshaus nicht die Wahl eines „eigenen“ Königs, sondern Demokratie. Das versetzte die Oligarchen in Panik, weil sie heimlich gehofft hatten, dass sie „dem Volk“ aus ihren Reihen einen Wahlkönig anbieten könnten. Aber um das Ansinnen „des Volkes“ trotzdem verhindern zu können, half James Madison seiner Klasse von Oligarchen aus der Patsche und entwarf für „das Volk“ ein verklausuliertes Repräsentationssystem, das zwar wie eine Demokratie aussah, aber praktisch auf die Wahl eines „Königs auf Zeit“, aus ihren Reihen hinauslief.

Mit der einmaligen Annahme des Repräsentationssystems, gelang es der ökonomisch mächtigsten Klasse in den USA, den „freien und bewaffneten Bürgern“ ihre souveräne Selbstbestimmung wieder zu entwinden und sie im Weiteren von der Gesetzgebung und allen weiteren Verfassungsänderungen direkt auszuschließen.



Study: US is an oligarchy, not a democracy

© 17 April 2014



<https://www.bbc.com/news/blogs-echochambers-27074746>

Die USA sind keine Demokratie, sondern eine Oligarchie!

Dies ist in diesem Fall keine Behauptung von uns Radikaldemokraten, die das herrschende Repräsentationssystem ganz demokratisch durch Wahlen abwählen wollen, sondern zu diesem Schluss kam wieder einmal eine politikwissenschaftliche Studie. Diesmal kam eine solche Studie von Prof. Martin Gilens von der Princeton University und Prof. Benjamin I. Page von der Northwestern University.

Aber was ist den nun eine Oligarchie?

Wikipedia meint dazu:

[https://de.m.wikipedia.org/wiki/Oligarchie#:~:text=Die%20Oligarchie%20\(von%20altgriechisch%20%E1%BD%80%CE%BB%CE%B9%CE%B3%CE%B1%CF%81%CF%87%CE%AF%CE%B1,Gruppe%20die%20politische%20Herrschaft%20aus%C3%BCbt](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Oligarchie#:~:text=Die%20Oligarchie%20(von%20altgriechisch%20%E1%BD%80%CE%BB%CE%B9%CE%B3%CE%B1%CF%81%CF%87%CE%AF%CE%B1,Gruppe%20die%20politische%20Herrschaft%20aus%C3%BCbt)

„Die Oligarchie (von altgriechisch ... oligarchia „Herrschaft von wenigen“, zusammengesetzt aus ... oligoi „wenige“ und archè Herrschaft, Führung“) ist eine Staatsform oder ein Staat, in der eine kleine Gruppe die

politische Herrschaft ausüben.“

Aristoteles verstand unter dieser kleinen Gruppe die reichsten Bürger in einem Staat. Aber wer den Staat insgesamt kontrolliert und beherrscht, also den Staat seiner Klasse errichtet hat, der übt diese Herrschaft natürlich wegen dem zentralistischen Charakter des Staates der reichsten Eigentümer, auch über alle Staatsgewalten aus. Die staatlichen Medien sind ganz offiziell eine Staatsgewalt in der herrschenden Staatstheorie und werden direkt und indirekt von der herrschenden Klasse für ihre Zwecke eingesetzt, mal etwas strenger und mal etwas weniger streng. Im Moment sehen die Oligarchen des westlichen Herrschaftsbereiches ihre Macht durch demokratische Wünsche der Bevölkerung in Gefahr, was sie zum verstärkten Abbau der Meinungsfreiheit veranlasst hat. Aber es stellt sich für uns die Frage, ob sie den Drang der westlichen Bevölkerung nach einer wirklichen Demokratie noch mit Gewalt aufhalten können?

Wie üblich scheint ihnen ein „großer Krieg“ dazu geeignet zu sein, erst einmal all ihre politischen Probleme auch im Inneren mit der Gewalt eines neuen Ausnahmezustandes Namens „Kriegsrecht“ unterdrücken zu können und gleichzeitig ihre Markt-, beziehungsweise Absatzkrise, mit massenhaften Zerstörungen zu beheben. Aber wir haben nicht vergessen, dass in jedem Krieg auch die „Hydra der Revolution“ lauert. Wie lange wird „das Volk“ Freude am Krieg haben und freiwillig in die Kriege von Oligarchen ziehen? Wann werden sie beginnen die Gewehre um zu drehen?

Wir wissen es nicht, aber wir wissen, dass dieser Punkt in jedem Krieg lauert. Ist sich die herrschende Klasse sicher, dass sie ihre Kriege unter Kontrolle behalten werden und das sie da selbst heil wieder raus kommen?

Natürlich haben sie „ihre“ Medien längs gnadenlos auf Kriegskurs gebracht, aber wie lange können sie ihre Gefolgschaft noch mit Geld und „sanften“ sozialen Druck bei der Stange halten. Nimmt die Zahl ihrer Kriegs-Propagandisten noch zu, stagniert sie, oder sinkt sie schon? Wir wissen es nicht, aber wir beobachten diese Entwicklungen sehr interessiert.

In der Zwischenzeit machen wir Vorschläge, die uns als vernünftige Auswege aus diesem inhumanen System erscheinen, wie folgende:

Ein Auszug aus unserer radikaldemokratischen Staatstheorie, in der wir drei Staatsgewalten vorschlagen. Neben den bekannten Staatsgewalten „Exekutive“ und „Judikative“, schlagen wir den Begriff: die „Mediative“, vor, in der wir alle staatlichen Medien als eine Staatsgewalt der Staatsbürger vereinen möchten. Die privaten Medien möchten wir hingegen nicht unter staatlicher Kontrolle und in staatlicher Verantwortung haben.

Im Folgenden ein Auszug aus unserer Staatstheorie, welcher die „Mediative“ betrifft (Zitat aus „Der Aufstand“ Nummer 44/24, Seite 11):

5. Die mediative Staatsgewalt in einer radikaldemokratisch verfassten Gesellschaft

5.1. Das Führungspersonal der medialen Staatsgewalt (Mediative) mit besonderen Fähigkeiten, wird in einem radikaldemokratischen Staat durch die jeweilige Vollversammlung der Staatsbürger gewählt, kontrolliert und bei Bedarf umgehend ersetzt. Dadurch ist auch die Mediative direkt von der jeweiligen Vollversammlung der

Staatsbürger abhängig. Diese Funktionsträger müssen mit klar definierten Vollmachten ausgestattet sein, damit die Staatsbürger bei Fehlentwicklungen umgehend einschreiten können. Die Mandatsträger der Mediative sollten die Möglichkeit haben für die Erfüllung ihrer Aufgaben, weitere Redakteure und sonstige Mitarbeiter in die Redaktionen zu berufen. Diese Berufenen müssen bei nächster Gelegenheit durch die Vollversammlung der zuständigen Staatsbürger bestätigt werden.

5.2. Ein souveränes Staatsvolk kann nur über Gesetze entscheiden, wenn ihm alle notwendigen Informationen zur Verfügung stehen. Nur dann ist es den Staatsbürgern möglich Gesetze so zu verfassen, dass sie den Menschen wie sie sind dienen und ihr Verhältnis zueinander in Freiheit regeln. Zensur darf es weder gegen staatliche Medien, noch in ihnen geben, damit alle Probleme und Themen in diesen Medien gewaltlos debattiert werden können. Darum sollten die staatlichen Medien allen staatsbürgerlichen Organen, sowie Staatsbürgern für politische Bekanntmachungen und Meinungsäußerungen zur Verfügung stehen. Keine Staatsgewalt hat in einem radikaldemokratisch verfassten Staat das Recht, vor der Mediative der Staatsbürger Geheimnisse zu haben. Dazu bestimmt die jeweilige Versammlung von Staatsbürgern seine Mandatsträger in der Mediative, denen keine Einsicht in irgend eine Unterlage der Staatsgewalten verwehrt werden darf.

In wie weit Informationen nur der betreffenden Versammlung der Staatsbürger, oder auch der gesamten Öffentlichkeit bekannt gegeben werden, bestimmt die jeweils zuständige Versammlung der Staatsbürger.

5.3. Die staatlichen Medien müssen ein gesetzlich garantiertes Recht haben, die Unterlagen aller anderen Staatsgewalten im Interesse der jeweiligen Staatsbürger in Augenschein zu nehmen, bis alle eventuell aufgetretenen Unklarheiten beseitigt und alle offenen Fragen beantwortet sind. Das sollte in einem radikaldemokratisch verfassten Staat nicht für private Medien gelten, auf die der Gesetzgeber keinen regulativen Einfluss ausübt, da alle privaten Angelegenheiten außerhalb staatlicher Regularien existieren. Die Herausgeber privater Medien sollten die Verfassung, die Gesetze und die privaten Rechte aller Mitglieder eines radikaldemokratisch verfassten Gemeinwesens beachten.

Natürlich ist dieses Zitat aus einer vollständigen Theorie heraus gelöst und isoliert nicht vollständig zu verstehen, darum senden wir interessierten Lesern gerne den vollständigen Text zu und erwarten ihre Vorschläge und Kritiken dazu.

Diese Theorie dient natürlich dazu, die geltenden Verfassungen und Gesetze nicht nur zu reformieren, sondern diese in einer revolutionären, also noch nie da gewesenen Weise zu verändern. Auf dem Weg zu einer revolutionären Veränderung der Verfasstheit unserer bisher noch inhumanen Gesellschaften, hin zu humanistischen Gesellschaften, in der Gewalt nur noch defensiv zur Verteidigung gegen noch vorhandene Gewalt benötigt wird,

unterstützen wir alle angestrebten Reformen von Organisationen, die in diese Richtung zielen.

Aus diesem Grunde unterstützen wir auch die Initiative von „Leuchtturm ARD“, weil sie viele Missstände in den staatlichen Medien des Staates der reichsten Eigentümer thematisiert und die Debatte über demokratisch verfasste Staatsmedien anregt und voran treibt.

Wir als „Philosophenclub der Lohnabhängigen“, sind uns völlig bewusst, dass wir nur im Bündnis mit dem Kleinbürgertum und seinen intellektuellen und ökonomischen Fähigkeiten eine humanistische Gesellschaft aufbauen können. Bislang neigte das Kleinbürgertum überwiegend dazu, sich an seine Privilegien in der Eigentumsgesellschaft zu klammern und scheute oft das politisch gleichberechtigte Bündnis mit den Lohnabhängigen, deren Beteiligung an der Herrschaft sie instinktiv fürchten. Das äußert sich auch immer wieder in ihren politischen Organisationen und Publikationen, für die sie zwar um Spenden und Mitgliedsbeiträge bitten, aber keine gleichberechtigte Mitbestimmung für diese Geldgeber anbieten.

Kleinbürger (Klein-Eigentümer) können sich schlecht aus ihren auf das eigene Ego zentrierten Denkmustern lösen und handeln immer noch, wie ganz selbstverständlich, nach dem ganz undemokratischen Motte: Gebt uns euer Geld und wir machen damit in unseren Medien, was wir wollen und was wir für richtig halten.

Wir als Radikaldemokraten entgegnen ihnen mit einem demokratischen Grundprinzip: Ohne unsere Mitbestimmung, bekommt ihr kein Geld von uns für eure ganz privaten Medien.

Wir finanzieren freiwillig staatliche Medien, wenn wir die demokratische Macht darüber diese inne haben.

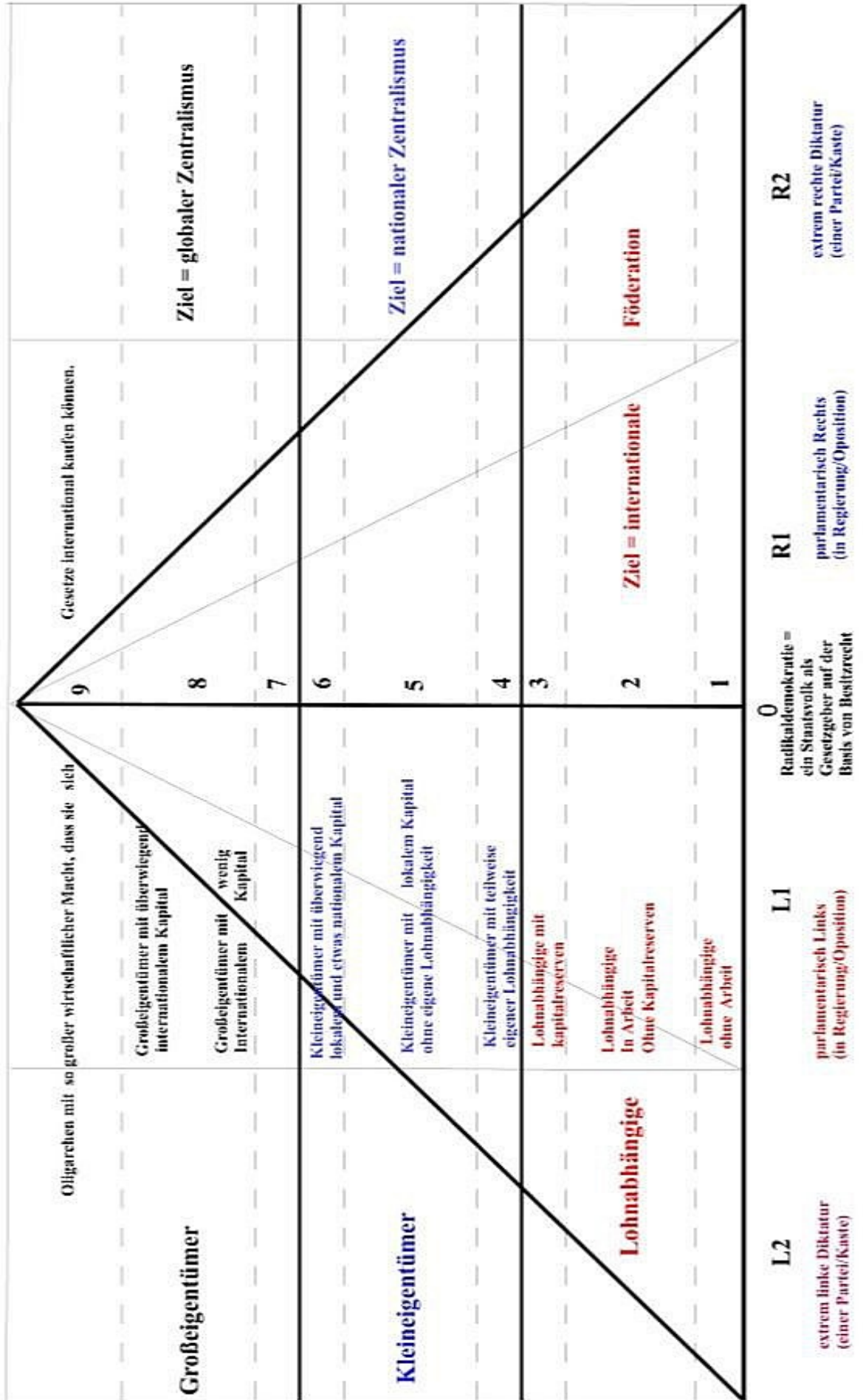
Solange wir nicht die Macht über die staatlichen Medien haben, beugen wir uns der Gewalt der uns Beherrschenden, solange sie dazu in der Lage sind uns zu beherrschen.

Das Fortschreiten der Akkumulation von Kapital, also das systematische Fortschreiten der Ansammlung von Reichtum, führt aber offensichtlich dazu, dass die herrschende Klasse des Großbürgertums (die Oligarchen) nur wachsen kann, wenn sie systematisch das Eigentum des Kleinbürgertums für sich erobert. Das führt zu einer kontinuierlichen Reduzierung der Anzahl von Menschen mit den sozialen Status eines Kleinbürgers, der selbst kein Lohnabhängiger ist.

Wir stimmen den Marxisten nicht zu, dass ein politisches Bewusstsein von der sozialen Lage abhängig ist und das sich alle Menschen sehr wohl über den inhumanen Charakter des Eigentumssystems bewusst werden können und daraus ganz andere politische Entscheidungen ableiten können. Als Hilfestellung dazu eine Grafik auf der folgenden Seite, um seine soziale und politische Position selbst überprüfen zu können. Vertikal kann man seine soziale Lage ermitteln und Horizontal seine politische Einstellung. Das schärft das Bewusstsein der Menschen darüber, wer oder was sie eigentlich in der gegenwärtigen Gesellschaft sind.



PCL der GdG welcher OV von UMEHR e.V. ist: Neuer Wall 80, 20354 Hamburg, Tel.: 0151-54343643



Initiator der Themenreihe:



LEUCHTTURM ARD

Jimmy Gerum

Telefon: 0151-5055 2062

info@leuchtturmard.de

jimmygerum@gmx.de

GLS Bank

IBAN: DE 7443 0609 6730 3984 000

BIC: GENODEM1GLS

Leuchtturm ARD

Postfach 2121

Andechser Str. 42

82311 Starnberg

Unterstützer:



**Philosophenclub der Lohnabhängigen OV-GdG vom:
UMEHR e.V.**

Neuer Wall 80

20354 Hamburg

info@umehr.net

www.umehr.net

Tel.: 0151-54180372

Download unter:

<https://radicaldemocrat.news/themenreihe/>

<https://t.me/radicaldemocrat>

Redaktionelle Grundsätze

Diese Themenhefte möchten ihren Beitrag in öffentlichen Debatten leisten, um diese zu fördern. Jeder Interessent kann Beiträge einreichen und Themenreihen vorschlagen. Eingereichte Beiträge und Themen, sollten nicht gegen den Zweck von UMEHR e.V. (siehe www.umehr.net), oder gegen geltendes Recht verstoßen. Die Email-Adresse für die Einreichung von Beiträgen lautet media@umehr.net (Betreff: Themenhefte „betreffendes Thema“). Eine Zensur der aufgenommenen Beiträge findet nicht statt, da jeder Autor für die Inhalte seiner Beiträge selbst verantwortlich ist. Aus technischen Gründen ist die Seitenanzahl einer Ausgabe auf ca. 30 begrenzt, daher müssen längere Beiträge unter Umständen als Fortsetzung in den nächsten Heften erscheinen. Kein Beitrag gibt die politische Position der Redaktion wieder, sondern die des jeweiligen Autors, auch wenn diesen nicht unmittelbar widersprochen wird.

Die Redaktion